Gemeinde Meseberg

TYP : Beschlussvorlage
Status: öffentlich
Nummer: 81-IV/07/038

Datum: 19.09.2007
Aktenzeichen:
Einreicher: Bürgermeister
Federführendes Amt: Haupt- und Bauamt

Gremium	Termin	Genehmigung	Stimmverh.	J	N	E
Gemeinderat Meseberg	04.10.2007					

Betreff

Beratung und Beschluss über die Aufwands- und Entschädigungssatzung für ehrenamtlich tätige Bürger der Gemeinde Meseberg - Entschädigungssatzung -

Beschlusstext:

Der Gemeinderat beschließt die beiliegende Satzung der Gemeinde Meseberg über die Aufwandsentschädigung, Verdienstausfall sowie Fahr- und Reisekosten der Mitglieder des Gemeinderates, des ehrenamtlichen Bürgermeisters und sonstiger ehrenamtlich Tätiger - Entschädigungssatzung -

.....
Bürgermeister

Problembeschreibung/Begründung/Rechtsgrundlage:

Im Dezember 2004 beschloss der Gemeinderat eine neue Entschädigungssatzung für die Gemeinde.

Grundlage dieser Satzung war die Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) - sowie der RdErl. des MI vom 01.12.2004 zur Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger und Bürgermeister.

Die in dieser Satzung festgelegte Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigungen liegt im Rahmen des Runderlasses.

Im November 2004 bestellte der Gemeinderat durch Beschluss Nr. IV/04/10 Frau Astrid Kiebach gemäß § 74 a GO LSA zur Interessenvertreterin für die Kultur- und Vereinsarbeit der Gemeinde.

Mit gleichem Beschluss wurde für die Interessenvertreterin eine monatliche

Aufwandsentschädigung in Höhe von 26,00 € festgelegt.

Im Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamt des Jahres 2005 wurde diese Verfahrensweise bemängelt und zu einer Änderung aufgefordert.

Gemäß § 33 GO LSA darf nur auf der Grundlage einer Satzung eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden.

Somit wurde in die jetzt vorliegende Satzung die Aufwandsentschädigung für die Interessenvertreterin für die Kultur- und Vereinsarbeit aufgenommen. An der Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigungen wurde keine Veränderung vorgenommen, weder bei der bestellten Interessenvertreterin noch beim Bürgermeister, den Gemeinderäten und der ehrenamtlichen Protokollantin.

In die neue Satzung wurden jedoch die Änderungen des § 33 der GO LSA eingearbeitet. Danach haben ehrenamtlich Tätige Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrkosten zum Sitzungsort, höchstens jedoch in der Höhe der Kosten der Fahrt von der Wohnung zum Sitzungsort und zurück. Die Reisekostenvergütung erfolgt nach den für Landesbeamte geltenden Vorschriften.

Empfehlung der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, dieser Beschlussvorlage zuzustimmen.

Finanzielle Auswirkung:

Mehrkosten entstehen für die Gemeinde durch diese Satzungsänderung nicht, da die Beträge nicht geändert wurden.

Anlagen:

1 Anlage